der Massen Regierungsfähigkeit Papens, die Regierungsfähigkeit des jetzigen Schleicherkabinetts von noch viel kürzerer Dauer sein wird. Angesichts des Klassenbrauts des Proletariats werden bei der Zuspitzung der Krise und bei der revolutionären Zuspitzung überhaupt die Spielräume zwischen den einzelnen faschistischen Diktaturkabinetten immer geringer.

Die Rolle Hindenburgs

Bei der vorgenommenen Regierungsbildung trat bereits die Rolle Hindenburgs viel schärfer in Erscheinung als bei früheren Anlässen. Natürlich wie bei der polnischen faschistischen Diktatur — ohne in allen Punkten die deutsche mit der polnischen faschistischen Diktatur gleichzustellen — kommt die starke Konzentration der faschistischen Kräfte in der überragenden Diktaturgewalt eines Marschalls zum Ausdruck.

So wie in Polen der Diktator Pilsudski durch die Unterstützung der PPS, der polnischen Sozialdemokratischen Partei, ans Ruder kam, so ist

Hindenburg auf den Schultern der deutschen Sozialdemokratie als der stärkste Exponent der faschistischen Konzentration in Deutschland zur Macht gelangt.

Typisch für Hindenburgs Stellung ist seine Aeußerung in der letzten Verhandlung mit Hitler, in der er sagte: „Für Hitler stände zu jeder Zeit und Stunde bei ihm wieder die Tür offen." Zu gegebener Zeit will also die Bourgeoisie auch diese Karte ausspielen und unter Umständen eine offene Hitlerregierung einsetzen. Das ist eine Frage, die sich nicht nur aus der Lagerung der Kräfteverhältnisse in den Spitzen der Bourgeoisie ergibt, sondern das ist eine Frage, die vor allem durch die Angriffskraft des Proletariats und der werktätigen Schichten, durch unser Vermögen, die Voraussetzungen zur revolutionären Krise zu steigern, entschieden.

Die neue Etappe der Faschisierung der SPD

Eine wichtige Tatsache ist die zum Teil veränderte Stellungnahme der Massenparteien der Bourgeoisie gegenüber dem Schleicherkabinett. Daraus ergeben sich wichtige Faktoren der verstärkten Faschisierung. — Durch die Schleicherdiktatur werden die Querverbindungen zu den Nationalsozialisten und zu den ADGB- und Reichsbannerspitzen enger geknüpft. Trotz der demagogischen und scheinoppositionellen Stellung der NSDAP vollzieht sich eine starkere Annäherung dieser Partei an das kapitalistische Diktaturkabinett.

Von besonderer Wichtigkeit für das Proletariat ist die deutlich erkennbare Annäherung der Sozialdemokratie zur Schleicherdiktatur, eine Tatsache, die zu einer neuen Etappe der Faschisierung der SPD und ihrer Politik führt.

Der Vorwärts vom letzten Dienstag ließ deutlich erkennen, daß die Verhandlungen Leiparts und Eggerts mit Schleicher zu einem Resultat in der Linie führten, dem Schleicherkabinett keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten, sondern ihm sogar noch positive Vorschläge für die Durchführung seiner finanzkapitalistischen Diktatur zu unterbreiten.

Die Vorschläge auf Verwendung der 500-Millionen-Summe aus dem Fonds der nicht verausgabten „Neueinstellungs-Prämien" für eine durch inflationistische Maßnahme zu finanzierende angebliche Arbeitsbeschaffung, ferner die Vorschläge auf Einführung der Vierzig-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich zeigen deutlich

die positiven Rettungsvorschläge und die Lohnabbauvorschläge der SPD im Interesse des Kapitalismus.

Der ADGB und das Reichsbanner, zwei entscheidende Teile, aus der Front des Sozialfaschismus, beziehen alle die Linie einer engen Zusammenarbeit mit der Schleicherdiktatur.

Deutlich erkennbar ist also gerade an diesem Falle die Rolle der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, ist der Prozeß des stärkeren Hineinwachsens der sozialfaschistischen Bürokratie in die Front des Faschismus. Die verschiedentlichen zustimmenden Aeußerungen des Naziführers Strasser zur Entwicklung der ADGB-Politik und der eingeschlagene Kurs des ADGB selbst zeigen also die gemeinsamen Bestrebungen der faschistischen und sozialfaschistischen Führerschaft, die Gewerkschaften nicht zu zerschlagen, sondern dieselben für die Durchführung der faschistischen Diktatur einzuspannen.

Die Tatsache der Teilnahme des Hörsterman-Gebhardt-Leute im Reichsbanner am faschistischen Hindenburgministerium und der entstandene Konflikt zwischen Reichsbannerführung und SPD-Vorstand zeigen einerseits ein Manöver des Sozialfaschismus, andererseits sehr deutlich die fortschreitende Tendenz der Faschisierung der reformistischen Spitzen.

Es ist von größter Wichtigkeit, daß innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bereits zur Zeit der Papendiktatur 50 SPD-Abgeordnete benannt waren, die Papendiktatur zu tolerieren.

Verstärkte soziale Phrasen

Angesichts des Versuchs, der faschistischen Diktaturpolitik eine gewisse Massenbasis zu verschaffen, wird zweifellos die soziale Phrase in der kommenden Diktaturperiode eine viel größere Rolle spielen, als beim Papenkabinett. Die Bourgeoisie will die heftig und aufs neue ausbrechenden Klassenzusammenstöße, will die Angriffe des Proletariats bei stärkerer Betonung der sozialen Phrase bei der Durchführung der faschistischen Diktaturpolitik mit Hilfe des ADGB und der SPD verhindern, abschwächen und niederschlagen.

Unter Umständen ist mit Scheinkonzessionen des Schleicherkabinetts, ist mit sozialen Betrugsmanövern der Bourgeoisie zu rechnen. Die SPD macht bereits diese Manöver, indem sie vor der Arbeiteröffentlichkeit erklärt, die Streichung der durch die Notverordnung vom 15. September diktierten sozialen Belastungen zu fordern. Wenn wir uns fragen, warum der 700-Millionen-Fonds der Lohneinstellungsprämien nur durch eine Summe von 200 Millionen angegriffen und die restliche Summe von 500 Millionen nicht verwandt wurde, dann müssen wir antworten: Das Unternehmertum war einfach nicht in der Lage, neue Arbeiter einzustellen, weil für die Mehrproduktion einfach keine Absatzgebiete vorhanden sind und weil der Massenwiderstand des Proletariats in vielen Fällen die Lohnabbaumaßnahmen einfach vereitelte. Wenn sich also die Sozialdemokratie einfach Vorkämpfer für die Streichung der sozialen Belastungen aufspielt, dann müssen wir sagen, daß die proletarischen Massen es waren, die durch ihre Kampfaktionen häufig die Durchführung der Papenschen Wirtschaftsnotstandsverordnungen verhinderten. Der elende Schwindel der SPD ist also vor dem gesamten Proletariat schonungslos entlarvt.

Im Ruhrgebiet beginnen die Scharfmacher bereits mit der Ankündigung eines umfassenden Lohnraubes auf jahrelangen Schichtanlagen. Das ist ein Alarm für ganz Deutschland! Wir Kommunisten rufen auf der ganzen Linie zur sofortigen schärfsten Offensive des Proletariats und aller werktätigen Schichten gegen die neuen Hungermaßnahmen der Bourgeoisie auf.

Rote Einheitsfrontaktion muß Schleicherdiktatur zu Fall bringen

Jede Unterstützung der Schleicherdiktatur bedeutet heute eine sehr große Gefahr! Wir dulden keine Stimmungen des „Gehabtsindemo" mit der Verschärfung der faschistischen Diktatur. Wir entlarven das Gerede der Sozialdemokratie, als sei eine „Entspannung" des Klassenkampfes eingetreten! Wir wenden uns an die breiten Massen der SPD-Mitglieder und der Gewerkschaftsanhänger und appellieren an sie, mit uns Kommunisten in brüderlicher Kampffront den Kampf zu führen gegen die faschistische Diktaturregierung.

Vollzieht sich heute eine Annäherung zwischen den Reichsbanner- und ADGB-Spitzen einerseits und den Nazispitzen über die Vermittlung des Zentrums und des Schleicherkabinetts andererseits, so rufen wir den Reichsbannerkameraden, den Gewerkschaftsfollegen zu:

Wir müssen uns unten in den Betrieben und an den Stempelstellen verständigen!

Es gilt unmittelbar, neue Streik- und Kampfaktionen einzuleiten! Wir müssen gegen Ueberrumpelungsmanöver und sensationell überraschende Angriffsmaßnahmen gewappnet sein. Die Entfaltung, die weitere Tätigkeit und der Ausbau sowie die Festigung der Schleicherdiktatur hängt in erster Linie und letztendlich ab von der Klassenkraft des Proletariats! Je stärker der Klassendruck von unten wird, um so stärker werden die Differenzen im Lager der bürgerlichen Massenparteien, wird der Zwiespalt zwischen Führung und Masse im Lager der Bourgeoisie, um so heftiger werden sich auch die Zersplitterungen in den Spitzen der Bourgeoisie und wird sich die Steigerung der Widersprüche und Gegensätze im Lager unserer Klassengegner vollziehen.

Wir Kommunisten, an der Spitze der Kampfbataillone zur Rettung vor Hunger und Frost, an der Spitze im Kampf gegen den Lohnraub, gegen Versklavung, Knechtschaft und imperialistische Kriegspolitik, wir Kommunisten sind ein Faktor von gewaltiger Kraft und Macht.

Wir müssen unsere 6-Millionen-Armee, die sich bei der letzten Wahl für den revolutionären Ausweg aus der Krise entschieden, aktionsfähig und kampfbereit machen. Darüber hinaus rufen wir das gesamte deutsche Proletariat und alle Werktätigen zum Millionenangriff auf. Wir erlauben der Bourgeoisie und ihren sozialfaschistischen und faschistischen Helfershelfern nicht, das 11 Millionen starke deutsche Industrieproletariat und die werktätigen Schichten in die Zwangsjacke der offenen faschistischen Diktatur zu zwingen.

Ueber Teil- und Massenkämpfe vorwärts im Kampfe um Lohn und Brot! Vorwärts für die Freiheit, für den Sozialismus.

Appell des 3. Bezirksparteitages

Zur Rettung Bartls

Breitester Massenkampf gegen das Chemnitzer Todesurteil, gegen den Terror der Klassenjustiz, für die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen.

Der 3. Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei, Bezirk Sachsen, appelliert an die gesamte Parteimitgliedschaft, an alle Arbeiter und Werktätigen Sachsens, keinen Augenblick im Kampf gegen das ungeheuerliche Todesurteil gegen den Chemnitzer Arbeiter Bartl zu erlahmen.

Steigert die Protestwelle in allen Städten und Dörfern, in den Betrieben und an den Stempelstellen zu einer gewaltigen Massenaktion. Das Todesurteil gegen den Arbeiter Bartl muß unter dem außerparlamentarischen Druck der Arbeiterschaft aufgehoben werden.

Angesichts dieses Terrorurteils des Chemnitzer Klassengerichtes wird der Charakter der Klassenjustiz, der täglich wachsende Terror, ausgeübt von den faschistischen Richtern, blitzartig beleuchtet.

251 Funktionäre und Genossen der sächsischen Parteiorganisation, darüber hinaus Hunderte von klassenbewußten Arbeitern sind von der sächsischen Klassenjustiz hinter die Gefängnis- und Zuchthausmauern gesetzt worden. Der Parteitag ruft die gesamte Arbeiterschaft auf, mit der Roten Hilfe alle Kräfte zu mobilisieren für den Kampf um die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen!

Leipzig, den 4. December 1932.

3. sächsischer Bezirksparteitag der KPD.

Faschist

der revolutionäre

Je mehr sich die wirtsch
entwickelt und je mehr die bürge
Krise auf den breiten Rücken
schichten verlagert, desto schä
Lasten der Arbeiter und Bau
auf die Bourgeoisie, die unge
vor dem Zusammenbruch
Lasten zu weiterer Belastung
Massen zur weiteren Verarmu
und zum weiteren Anfeigen
weiter Schichten der werktät

Das erste Zeichen dieses
gewaltige Streikwelle, di
Betriebe, die unter Führung
und von denen die me
entwickelt haben, sind ein Sch
Die zweite dieser Zeiche
der große Sieg der Komm
sowie die neuen Erfol
in den Teilwahlen der L
gegenüber Terror und Verfo
Verhaftung der Regierung.
Verbreitet die Kommune S
Agitation in allen Teilen
Tiefe und Bedeutung
zum ersten Male seit
Reich durchgeführt
Die dritte der zahlreic
politischen Kundgebung
Sachsen.
Die Radikalisierung der
gewaltige Aufschwung für
Die bolschewistische
einer bürgerlichen, sozialfaschi
Gleichzeitig wird System
gegen die Arbeiter
und vorbereite
Auf der Tagesordnung
die Auflösung de
Gewerkschaften un
Mitgliedschaft Fulgenzio
Gewerkschaftsfunktionären und
Die KP. Bulgariens
Widerstand, zur e
Aktionen. Die werkt
unbeugsamen
Weigerung der Zah
der Massenorganisatio
Deshalb treiben die sozi
und bereiten den Bu
Reformsozialisten
Diktatur in Bu
und auf dem u. a.
und der Sozia
Kirche eine wüste
Arbeiterbewegung und den
Regierung nicht nur
Illusionen der Werk
tägliche Vernichtu
Es sei nochmals hervo
nach dem Vorbild
richtung der Führer und
verbreitet.
Die Führer der Refor
der Vereinigung „Rod

4. Schapowalow:

ILLE

Ein alter Bolsche

Fortsetzung.

Geweckt von der Un
im 12. Juni, endlich m
Krankheit hatte
nicht mehr so w
Der Augenarzt war der
sagen, mein Augenlicht
und die Augen
darf.
Ich begab mich sofo
Fernzug „Petromin
Im grellen Licht
Meer zu sehen, das
Wischnjewetzk
Ausfahrt des Odess
Ich schaute mich um
schwere Feldartillerie
Kanonen waren auf den
gerichtet, gegen den
Plötzlich legte sich der
unterschrocken dem Gesch
nicht möglich zu unterl
aber sich angeben will.
hat, als wolle er sich
„Sagt die Leute
Stimme eines Offiziers
„Nicht stehen bleiben
die das ganze Leben
schicken wird . . ."
Auf dem Wege
Komitees, dachte ich da

Oberlausitzer SPD-Organ jubelt:

„Es hätte mit besonderen Dingen zugehen müssen, wenn Schleicher nicht zum Ziel gekommen wäre . . ."

Die sozialdemokratische Presse veröffentlicht heute einen mit lauten Phrasen gespickten Aufruf des SPD-Parteivorstandes, in welchem der Regierung Schleicher „schärfste Opposition" angekündigt wird. Dieses Oppositionsgeschrei gehört aber gerade darum mit zur eigentlichen Unterstützung der Schleicherdiktatur, weil die besondere Hilfestellung der Sozialdemokratie für die Schleicher-Brecht-Regierung in der Beschwichtigung der Arbeitermassen und ihrer Abhaltung von tatsächlichen Kampfmaßnahmen gegen sie besteht.

In der Tat verteidigt die Sozialdemokratie die Schleicherregierung gegen die anfeigende Millionenbewegung der Einheitsfrontaktion mit Händen und Zähnen. Die SPD-Presse schindet schon seit längerer Zeit unverhohlene Reklame für das Schleicherregiment. Den Gipfel in der direkten Anbimmelung der Schleicherregierung erklomm wohl aber

die „Volkszeitung für die Oberlausitz" vom Sonnabend, dem 3. Dezember

Dieses SPD-Organ stellte geradezu im Tonfall der Genugtuung fest:

„Es hätte aber auch tatsächlich mit besonderen Dingen zugehen müssen, wenn Herr von Schleicher nicht am Schluß doch zum Ziele, das er sich selbst gesteckt hatte, gekommen wäre."

Auch die Dresdner Volkszeitung setzt ihre Bemühungen, den sozialdemokratischen Arbeitern die Schleicherregierung schmackhaft zu machen, fort und nennt die Ernennung des Reichsarbeitsministers Dr. Syrup „eine Konzession an die Arbeiterschaft". (!!)

An anderer Stelle wird in einem Artikel „Schleicher, ein Charakterbild", auf den wir noch besonders zurückkommen, die für die SPD-Arbeiter besonders lehrreiche Feststellung gemacht: „Der kleine Major aus der königlichen Armee hat in der Republik eine fabelhafte Karriere gemacht."

In diesem Artikel rennt die Dresdner Volkszeitung den SPD-Arbeitern sogar, „daß er (Schleicher) es war, der zum Streich des 20. Juli den bewaffneten Arm lieh".

Aber nicht nur er, sondern auch die Sozialdemokratie und deren Führer vom Schlage Severings haben der Bourgeoisie damals zu ihrem faschistischen Staatsstreich den „Arm geliehen" und sie leihen ihn heute der von Schleicher angeführten Diktaturregierung! Am allerdeutlichsten kommt das schließlich in einer direkten

Verherrlichung der Schleicher-Diktatur durch Leipart

zum Ausdruck. Diese geht aus einem Interview Leiparts an den Berliner Vertreter der Pariser Zeitung Gringoire hervor und kennzeichnet zugleich den heuchlerischen „Oppositions"-heuchelnden Aufruf des SPD-Parteivorstandes, den auch die Dresdner Volkszeitung heute veröffentlichen wird.

Der Berliner Korrespondent des Gringoire gibt eine Unterredung mit dem Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften, Leipart, wieder, der ausführt, daß man in Gewerkschaftskreisen dem neuen Kanzler seine Vergangenheit nicht zum Vorwurf mache. Die soziale Frage stünde im Vordergrund seiner Besorgnisse, und das Ziel seines Versuches sei, eine Entspannung in Gewerkschaftskreisen herbeizuführen, damit das neue Kabinett in seiner politischen Tätigkeit nicht durch den Widerstand der Arbeiter gehemmt werde. General von Schleicher sei übrigens nicht der Mann, als den man ihn sich vorzustellen scheine. Gewiß habe er Reden gehalten, die die öffentliche Meinung in Frankreich erregt hätten; aber er habe durch die Forderung nach Gleichberechtigung nur die Auffassung aller Deutschen zum Ausdruck gebracht.

Diese Ausführungen des sozialdemokratischen Bundesvorstandes des ADGB sind eine solch offene Verherrlichung des Generals von Schleicher und seiner Regierung, daß auch der letzte freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter erkennen muß:

Die Leipart, Graßmann und Co., das sind die letzten sozialen Stützen der Bourgeoisie und ihrer faschistischen Diktatur.

Unsere Münchner Parteizeitung verboten

München, 6. Dezember 1932. (Eig. Drahtbericht).

Heute früh erschien die Polizei in der Redaktion der kommunistischen „Neuen Zeitung" und teilte mit, daß die Zeitung bis 15. Dezember einschließlich verboten ist.

Gestern sprengten mehr als 100 karabinerbewaffnete Polizisten den Bezirksparteitag der KPD Bayern — heute wird unsere Münchner Parteizeitung verboten. Diese Verfolgungs- und Terrormaßnahmen kennzeichnen die Verschärfung der faschistischen Diktatur durch die Schleicherregierung. Die gesamte Arbeiterschaft muß auf Kampfposten stehen und ihre kommunistische Partei und Presse mit allen Mitteln verteidigen. Schlagt Alarm in allen Betrieben, an allen Stempelstellen! Organisiert Massenproteste!

Her mit Brot, Kartoffeln und Kohlen!

Antrag der KPD-Reichstagsfraktion für alle Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen

Unsere Reichstagsfraktion hat folgenden

Antrag

eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen:

Zur Linderung der katastrophalen Notlage, in der sich infolge der anhaltenden Krise der kapitalistischen Wirtschaft die Erwerbslosen und andere Sozialhilfebedürftige befinden, werden unverzüglich folgende dringlichsten Hilfsmaßnahmen durchgeführt:

1. Jeder Erwerbslose und Sozialhilfebedürftige erhält jede Woche ein Brot extra und gratis als Zusatzunterstützung;
2. jedem Haushalt von Erwerbslosen und Sozialhilfebedürftigen werden sofort 5 Zentner Kartoffeln angeliefert oder entsprechende Gutscheine als Zusatzunterstützung zur Verfügung gestellt;
3. jedem Haushalt von Erwerbslosen und Sozialhilfebedürftigen werden sofort mindestens 10 Zentner Kohlen angeliefert oder entsprechende Gutscheine als Zusatzunterstützung zur Verfügung gestellt;
4. die Wohlfahrtsämter werden verpflichtet, auf Anforderung der Gewerbeaufsichtsämter für große Familien oder betreuende Anstalten entsprechende Mehrlieferungen oder Nachlieferungen als weitere Zusatzunterstützung zu geben;
5. die Kontrolle der Durchführung dieser Maßnahmen wird den selbstverwaltlichen Gewerbeaufsichtsämtern übertragen.

Torgler, Ritter und Genossen."

Brot, Kartoffeln, Kohlen — das ist das Notwendigste, was die Hungernden und Frierenden, die Erwerbslosen und all die anderen Hilfsbedürftigen, ihre Frauen und Kinder brauchen. Die Erfüllung dieser von der kommunistischen Reichstagsfraktion gestellten Forderungen ist eine Lebensfrage für alle Erwerbslosen, die im außerparlamentarischen Massenkampf ihre Durchsetzung erzwingen müssen.

In der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtages stehen ähnliche Forderungen auf der Tagesordnung, für die der Massenkampf aller Erwerbslosen aufgenommen werden muß.